

## Innenpolitik

# Regierung, Programm, Mobilisierung

Von Politisches Sekretariat des RSB / 1. September 2009

Auch für den RSB, der auf den Aufbau einer außerparlamentarischen Bewegung setzt, ist die Bundestagswahl am 27.9. von großer Bedeutung. Wie viele andere Linke fragen wir uns: Welche Regierung bildet sich? Was ist ihr Programm? Welche Mobilisierungsmöglichkeiten ergeben sich für uns?

Auch für den RSB, der auf den Aufbau einer außerparlamentarischen Bewegung setzt, ist die Bundestagswahl am 27.9. von großer Bedeutung. Wie viele andere Linke fragen wir uns: Welche Regierung bildet sich? Was ist ihr Programm? Welche Mobilisierungsmöglichkeiten ergeben sich für uns?

Aus Sicht der Bourgeoisie hat die Große Koalition gute Arbeit geleistet. Nicht nur bei der geräuschlosen Umsetzung sozialer Einschnitte, sondern auch in der Krise, indem sie einen Zusammenbruch des Bankensystems verhinderte. Als eigentliche Staatspartei hat sich dabei die Sozialdemokratie erwiesen.

Die Abwälzung der Krisenlasten soll aus Sicht der Herrschenden am besten dosiert erfolgen, um keinen großen sozialen Widerstand zu provozieren. Vor der Wahl setzen viele KapitaleignerInnen auf Kurzarbeit statt auf Entlassungen. CDU und SPD treten nicht nur für die Rettung der Banken, sondern auch von „Arbeitsplätzen“ ein. Am 25. August berichtete die Financial Times Deutschland von einem Stillhalteabkommen der Regierung mit den Unternehmen, die sich verpflichten, vor der Wahl keine größeren Entlassungen vorzunehmen. Regierung und Kapital sind bisher mit einem blauen Auge davon gekommen. Große Mobilisierungen der ArbeiterInnenklasse fanden nicht statt. Die IG-Metall-Führung zeigt „staatspolitische Verantwortung“, so bei ihrem Appell an den guten Willen der herrschenden Klasse am 5. September in der Frankfurter Commerzbank (!) Arena. Sie glaubt, in der Großen Koalition einen „sozialen“ Ansprechpartner zu haben. Die soziale Bewegung versucht zwar, sich neu aufzustellen, rennt aber bei der Passivität der Gewerkschaften gegen dicke Wände.

Für die Herrschenden ist das entscheidende Verdienst der Großen Koalition die Friedhofsruhe bei offenem Klassenkampf von oben. Es ist aber keineswegs sicher, dass sie weiter Bestand haben wird. Zwar könnte der Klassenfrieden besser aufrechterhalten und Massenproteste oder politische Streiks verhindert werden. Eine Koalition aus CDU/FDP würde aber die Wünsche der Bourgeoisie konsequenter und direkter umsetzen. Sie wäre eventuell bereit, dafür den Preis anschwellender Klassenkämpfe zu bezahlen. Aber egal wie die Zusammensetzung der Regierung aussehen wird, das Programm der neuen nimmt heute schon klarer Gestalt an: Kürzung von Leistungen der Krankenkassen, Erhöhung der Mehrwertsteuerer, Rentenkürzung und, sobald die Kurse an der Börse wieder stabiler anziehen, die Privatisierung der Bahn.

Wir geben keine Wahlempfehlung für die Partei Die Linke, die nicht fähig (oder nicht willens) ist, eine gesellschaftliche Alternative aufzuzeigen. Statt ihre Kräfte auf die Stärkung des Widerstands und den Aufbau der außerparlamentarischen Opposition zu konzentrieren, orientiert sie auf einen „Politikwechsel“ mit

Hilfe des Parlaments und bremst sogar radikalere Forderungen der sozialen Bewegung. So kann der herrschende Konsens zur Verteidigung des kapitalistischen Systems nicht aufgebrochen werden. Nicht Wahlen, sondern nur der Kampf der ArbeiterInnenklasse kann die Abwälzung der Krisenlasten verhindern! Um den Klassenkampf anzufachen, ist jede fortschrittliche Mobilisierung gegen die Herrschenden zu unterstützen:

- 5.9. bundesweite Demo gegen das Atom-Programm in Berlin, 13 Uhr, Hauptbahnhof
- 12.9. bundesweite Demo „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!“ in Berlin, 15 Uhr, Potsdamer Platz
- 17.9. bundesweiter dezentraler Aktionstag „Wir zahlen nicht für eure Krise“.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Dienstag den 1. September 2009  
in der Kategorie: [Innenpolitik](#), [RSB4](#).